

Übersichten

Dezember 2004

Außenpolitik

1 Schröder zu dreitägigem Arbeitsbesuch in Beijing und Nordostchina

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat im Rahmen seines Arbeitsbesuches Premier Wen Jiabao und Präsident Hu Jintao getroffen, sowie deutsche Unternehmen und kulturelle Einrichtungen besucht. Wen sagte bei ihrem Treffen in der Halle des Volkes, er sei dafür, dass Deutschland eine größere Rolle in der Weltpolitik spielen solle – eine Zusage, die allerdings in dieser Unverbindlichkeit nicht neu und ohne besonderen Wert ist. Weitere politische Themen des Treffens waren die Nordkorea-Frage, wobei Schröder das Engagement Beijings bei den Sechsergesprächen begrüßte, sowie die Einrichtung eines „roten Telefons“, das künftig das Kanzleramt direkt mit Premier Wen verbinden soll. Eine solche Verbindung hatte Beijing bislang nur mit dem Weißen Haus. Außerdem sprach Schröder die EU-interne Debatte um die Aufhebung des Waffenembargos an. Im Mittelpunkt der diesjährigen Chinareise standen aber erneut die Wirtschaftsbeziehun-

gen. Schröder besuchte ein deutsch-chinesisches Joint Venture im Flugzeugbau und eröffnete symbolisch den Bau eines Daimler-Chrysler-Werkes in Beijing sowie ein neues VW-Werk in Changchun. Insgesamt wurden 22 Abkommen im Volumen von fast 3 Mrd. Euro unterzeichnet, die fast alle die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen; den größten Posten macht die Bestellung von 23 Airbus-Maschinen des Typs A 320 und von Lokomotiven aus, die von Siemens produziert werden. Es ging aber auch um Streitfragen der Handelsbeziehungen. Der Asien-Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft hatte dem Kanzler ein Klagepapier mit auf die Reise gegeben: Schröder solle auf einen besseren Schutz der deutschen Industrie gegen Markenpiraterie drängen und für den Abbau von Marktzugangshemmnissen in zahlreichen Branchen eintreten.

Gegen die Vorbehalte der chinesischen Gastgeber hat Schröder auch einen Besuch einer deutsch-chinesischen Kunstausstellung im „798“ auf das Programm setzen lassen, einem Zentrum der modernen chinesischen Kunst und des urbanen Lebens: In dem ehemaligen Fabrikgebäude treten Rockmusiker und Theatergruppen auf, es beherbergt Buchläden und Galerien.

Schröder wurde unter anderem von Innenminister Schily begleitet, der seinen Amtskollegen Zhou Yongkang traf, um über einen Ausbau der Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung zu sprechen. Unterdessen reisten zwei Beamte des Bundeskriminalamtes nach Xinjiang, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Hintergrund sind Vorwürfe der chinesischen Regierung, zwei von Deutschland aus operierende Organisationen, World Youth Congress of the Uighurs und East Turkestan Information Centre unterstützten terroristische Aktivitäten in Xinjiang, und entsprechende Forderungen von chinesischer Seite, die deutschen Behörden sollten gegen diese Organisationen vorgehen. (HB, 3., 6., 8.12.04; Xinhua, nach BBC EF, 6.12.04; XNA, 6.12.04; *Der Spiegel* online, 4.12.04, nach BBC PF, 13.12.04; FAZ, 7.12.04) -mb-

2 EU-China-Gipfel: Waffenembargo bleibt vorerst in Kraft

Beim jährlich stattfindenden EU-China-Gipfel ist Wen Jiabao in Den Haag unter anderem mit Kommissionschef Barroso, dem Ratsvorsitzenden Balkenende und mit Javier Solana zusammengetroffen. Im Zentrum der Gespräche standen Fragen der Wirtschaftsbeziehungen, sowie das auch in der EU umstrittene Waffenembargo gegen die Volksrepublik. Entgegen früheren Spekulationen, die Aufhebung des seit 1989 bestehenden Embargos könne während des Gipfels verkündet werden, erteilte die EU China erneut eine Absage und vertröstete die Delegation aus Beijing auf die Zukunft: Einige EU-Vertreter äußerten die Hoffnung, dass das Embargo noch im Laufe des Jahres 2005 aufgehoben werden könnte, sobald der 1998 vereinbarte Verhaltenskodex für Waffenexporte aus der EU konkretisiert sei. Laut EU-Diplomaten soll die rechtliche Verbindlichkeit des Kodexes verstärkt und die Auflagen an den zulässigen Export von Militärgütern präzisiert werden. Zudem wird eine gegenseitige Mitteilungspflicht über eingegangene Ausfuhrverträge angestrebt. Die Arbeiten seien sehr kompliziert und könnten sich weit in das kommende Jahr hineinziehen. In begrenztem Umfang sind bereits nach den derzeit gültigen Bestimmungen Exporte nach China erlaubt: So exportierte die EU im Jahr 2002 Waffen im Wert von 280 Mio. US\$ in die Volksrepublik, und Europas größtes Rüstungsunternehmen, EADS, ließ verlautbaren, man werde Gespräche über mögliche Waffengeschäfte mit Beijing beginnen, sobald das Embargo aufgehoben sei. Für China hätte eine Aufhebung des Embargos daher selbst dann handfeste Vorteile, wenn sich die Exporte aus EU-Ländern tatsächlich in bescheidenem Rahmen halten sollten, denn derzeit wird angenommen, dass China überhöhte Preise für seine Waffenimporte aus Russland zahlt, das gegenüber Beijing derzeit in der Stellung eines Monopolisten für Hightechwaffen ist. Hätte Beijing mit Europa eine zweite Option, würde das seine Verhandlungsposition gegenüber Moskau erheblich verbessern. Unmittelbar vor dem Gipfel hatten die USA ihren Druck auf die EU erheblich erhöht, das Embargo nicht aufzugeben,

indem sie mit erheblicher Einschränkung der technisch-militärischen Zusammenarbeit drohten.

Ein enttäuschter Wen Jiabao nannte das Embargo ein „Relikt des Kalten Krieges, das der Partnerschaft zwischen der EU und China nicht entspricht“. Würde das Embargo aufgehoben, so Wen, bedeute das keineswegs, dass China in großem Umfang Waffen von EU-Ländern erwerben würde, vielmehr gehe es darum, eine Form der politischen Diskriminierung loszuwerden. Die Kritik von Menschenrechtsgruppen und einiger europäischer Regierungen sei „schwer verständlich“, da der Stand von „Demokratie und Menschenrechten sich im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beständig verbessere“. Bei einem Treffen mit Überseechinesen nach dem Gipfel klagte Wen darüber, er habe bei jedem einzelnen Treffen mit europäischen Politikern über die Menschenrechtssituation im Land sprechen müssen. Gemessen an der von einem Sprecher des Außenministeriums im Vorfeld des Gipfels geäußerten Drohung, eine Beibehaltung des Embargos werde „sicherlich negative Folgen für die Beziehungen zwischen der EU und China haben“, fielen die offiziellen Reaktionen auf die Entscheidung der EU insgesamt dennoch moderat aus: Die in die gemeinsame Erklärung aufgenommene Zusicherung der Europäer, weiterhin auf eine Aufhebung des Embargos hinarbeiten, wurde von chinesischer Seite als „positives Signal“ gewertet. Auch die chinesischen Medien betonten die grundsätzliche Bereitschaft der EU zur Aufhebung des Embargos stärker als die Enttäuschung über den jetzigen Stand der Dinge. Auch nach Angaben von EU-Diplomaten sei das Gipfeltreffen nicht von dem Dissens über das Waffenembargo überschattet gewesen. China habe im Gegenteil großes Interesse an einem weiteren Ausbau der Beziehungen gezeigt. Hinter den Kulissen wird gleichwohl mit harten Bandagen gekämpft: der Kauf von fünf A 380 Airbussen im Wert von 1,4 Mrd. US\$ wurde als Reaktion auf die europäische Entscheidung auf Eis gelegt.

In der gemeinsamen Erklärung sagte China zu, den bereits 1998 unterzeichneten UN-Pakt über politische und bürgerliche Rechte „so bald als mög-

lich zu ratifizieren“. Der Dialog über Menschenrechte, heißt es darin weiter, solle zu mehr positiven Ergebnissen in Einzelfällen führen. Weitere Ergebnisse des Gipfels sind eine gemeinsame Erklärung zu Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle, sowie verschiedene Wirtschaftsabkommen. Strittig war hier die Weigerung der EU, China den Status einer Marktwirtschaft zuzuerkennen. Die EU hatte im Juni ein entsprechendes Ersuchen Beijings abgelehnt und dies mit rechtsstaatlichen Mängeln und dem hohen Maß der Staatsintervention in Wirtschaftsabläufe begründet. Brüssel will die Zuerkennung des Status, der für Beijing mit handelspolitischen Vorteilen verbunden wäre, an die Umsetzung von Vertragsverpflichtungen knüpfen, die China im Rahmen des WTO-Regimes eingegangen ist, bislang aber nur mangelhaft erfüllt. Des Weiteren sollen laut der gemeinsamen Erklärung Verhandlungen über ein Rücknahmeabkommen für illegale Einwanderer, auf das die EU besonderen Wert legt, bald beginnen. Ein geplantes Zollabkommen soll effektiveres Vorgehen gegen Schmuggel und imitierte Markenartikel ermöglichen. (ST, 4., 9., 10., 25.12.04; FT, 24./25./26.12.04; SCMP, 6., 9., 10.12.04; WSJ, 3.12.04; NZZ, 9.12.04; FAZ, 9.12.04; HB, 9.12.04; IHT, 9., 10.12.04; XNA, 8., 9.12.04) -mb-

3 Neues Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorgelegt

Die chinesische Regierung hat ein neues Weißbuch zur Verteidigungspolitik vorgelegt, das fünfte seit 1995 und die erste Neuerung seit 2002. In dem 85 Seiten starken Papier wird der taiwanesischen Regierung vorgeworfen, den Status quo in Frage gestellt zu haben; an die Adresse der USA geht der Vorwurf, ihre Waffenverkäufe an Taiwan qualitativ und quantitativ zu intensivieren und ihre Militärpräsenz in der Region zu verstärken und damit zur Instabilität der Lage beizutragen. Vier Faktoren werden identifiziert, die für die Sicherheit der VR China besonders bedeutsam sind: Die eine Unabhängigkeit befürwortenden Kräfte in Taiwan; die technologische Lücke (sc. zu den USA) in der Militärtechnik; Risiken, die eine Folge der wirtschaftlichen Globalisierung sind; sowie die

weiterhin bestehende Unipolarität in der Weltpolitik. Im Einzelnen sind in dem Weißbuch Maßnahmen zur Modernisierung der Streitkräfte ausgeführt. Im Zentrum steht dabei die Aufrüstung mit IT-Technologie, um die VBA für die computergestützten Militäroperationen, welche das Weißbuch als zentral für die Kriegsführung im 21. Jahrhundert ansieht, auszustatten. Eng mit diesem Ziel verknüpft sind verstärkte Anstrengungen bei der Rekrutierung hoch qualifizierten Personals. An 30 Hochschulen werden bereits Master-Studenten direkt für den Dienst in der VBA ausgebildet, und in Zukunft soll noch stärker von Beginn des Studiums an eine Trennung in akademische und militärische Ausbildungswege vorgenommen werden. Auch der ideologischen Schulung der übrigen Schüler und Studenten wird weiterhin große Bedeutung beigemessen.

Die Truppenstärke soll um weitere 200.000 Mann verringert werden. Dabei soll vor allem die Rate der Offiziere im Verhältnis zu den Mannschaften reduziert werden und durch Zusammenlegung von Abteilungen die Kommandostruktur gestrafft werden. Auch wenn militärisch eine stärkere Verschlankung der Truppe sinnvoll wäre, scheint Beijing vor den sozialen Folgekosten noch umfangreicherer Entlassungen zurückzuschrecken.

Die Militärausgaben für 2004 werden mit 211,7 Mrd. RMB (25,5 Mrd. US\$) angegeben. Laut einem Bericht der *Wen Wei Po* wird das Budget 2005 auf 230 Mrd. RMB und damit um 11,6% steigen. Das Weißbuch streicht heraus, dass die Volksrepublik damit immer noch weit weniger für die Rüstung ausgibt als westliche Nationen. So mache das chinesische Verteidigungsbudget nur 5,69% des amerikanischen und 75,94% des französischen aus (auch Japan und Großbritannien werden zum Vergleich herangezogen). Der Anstieg der chinesischen Ausgaben sei primär auf die Anhebung des Solds und die bessere Ausstattung der Sozialversicherung für Angestellte und pensionierte Soldaten zurückzuführen, sowie auf moderate Steigerungen bei den Kosten für Beschaffung. Wie hoch der Anteil der Kosten, die auf eine Erhöhung der militärischen Schlagkraft zielen, tatsächlich ist, bleibt mangels

aufgeschlüsselter Einzelposten dahingestellt.

Insgesamt enthält das Weißbuch 2004 wenig Neues, dokumentiert aber die Entschlossenheit der chinesischen Führung, die Entwicklung fortgeschrittener Waffensysteme zu beschleunigen. Die Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt ist zudem als Warnung an die Adresse Chen Shui-bians zu verstehen, die chinesischen Drohungen ernst zu nehmen, welche zudem parallel durch die Ankündigung eines Antisezessionsgesetzes unterstrichen wurden (s.u.).

Kurz vor der Veröffentlichung des Weißbuchs hat Hu Jintao seine Kontrolle des Militärs durch eine Reihe von Beförderungen und Umbesetzungen verstärkt. Weitere personelle Veränderungen, die zur Stärkung von Hus Position beitragen werden, sind in naher Zukunft zu erwarten, wenn weitere militärische Führungspositionen durch Pensionierungen frei werden. (XNA, 27.12.04; SCMP, 21., 23.12.04; ST, 23.12.04; IHT, 28.12.04) -mb-

4 Reaktionen auf den Wahlausgang in Taiwan – Beijing kündigt Antisezessionsgesetz an

In einer offiziellen Reaktion auf die Niederlage des nach mehr formaler Eigenständigkeit drängenden taiwanesischen Regierungslagers in den Parlamentswahlen äußerte eine Sprecher des Amtes für Taiwan-Angelegenheiten, Chen Shui-bian habe es nicht geschafft, die Herzen der Wähler zu gewinnen. Das Ergebnis der Wahl zeige, dass die Wähler die von Chen vorgeschlagene Umbenennung ihres Gemeinwesens ablehnten, und vielmehr für Frieden, Stabilität, und wirtschaftliche Entwicklung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße votiert hätten.

Experten auf dem Festland sehen im Wahlausgang zwar einen Dämpfer für Chen Shui-bian und diejenigen Kräfte der Unabhängigkeitsbewegung, sehen aber andererseits auch keinen Grund für großen Optimismus: Die Regierung habe nach wie vor genügend Machtmittel in der Hand, um ihren Kurs weiterzusteuern. Das ist das Ergebnis einer akademischen Diskussionsrunde, die in der Auslandsausgabe der *People's Daily* veröffentlicht wurde. In anderen Medien überwogen skeptische

Töne: Es herrscht die Einschätzung vor, dass Chen die Entfremdung der Insel vom Festland ungeachtet der Kosten für die Bevölkerung vorantreiben werde.

Wenige Tage nach der Parlamentswahl gaben die staatlichen Medien bekannt, dass der NVK ein Antisezessionsgesetz vorbereite. Der Ständige Ausschuss des NVK werde bei seiner Sitzung Ende Dezember einen Entwurf diskutieren. Ein solches Gesetz war wiederholt von festländischen Akademikern als Antwort auf die Versuche Chens, der taiwanesischen Unabhängigkeit einen formalrechtlichen Rahmen zu geben, gefordert worden. Abgesehen von seinem Grundtenor, der militärische Reaktionen auf bestimmte Sezessionsbestrebungen von taiwanesischer Seite vorsieht, bleibt der konkrete Inhalt des Gesetzes dabei unklar – Hongkonger Medien zufolge soll es auch eine genaue Frist enthalten, bis zu der Taiwan der Wiedervereinigung zustimmen muss, wenn es einen Krieg vermeiden will, nämlich den 31.12.2020. Es erscheint aber sehr fraglich, ob sich die Regierung tatsächlich so weitgehend festlegen wird. Auch ohne eine solche Frist dürfte ein Gesetz, das den Rahmen für Gegenreaktionen auf bestimmte Entwicklungen (oder deren Ausbleiben) festschreibt, die Handlungsfähigkeit aller Akteure in einer Krise gefährlich einschränken. Ein Sprecher des US-Außenministeriums kritisierte das angekündigte Gesetz mit den Worten: „Wir denken es ist jetzt nicht die Zeit für eine Verhärtung der Positionen, sondern für Dialog“, und ein Beamter des Außenministeriums, der ungenannt bleiben wollte, nannte den Gesetzesvorschlag ein „schwieriges Problem, das mit Sicherheit eine Bedrohung für den Frieden darstellt“.

Dass dieses Vorhaben erst nach der Parlamentswahl bekannt gemacht wurde, könnte auf die Erfahrungen zurückzuführen sein, die Beijing bei früheren taiwanesischen Wahlen gemacht hat. Bislang hatten Drohgebärden im Vorfeld von Wahlen sich als kontraproduktiv erwiesen und eher das Lager der Unabhängigkeitskräfte gestärkt.

Einem Experten zufolge, der in die Beratungen über den Entwurf einbezogen wurde, sendet das Gesetz nicht nur eine Botschaft an Taiwan und die

USA, sondern auch an die heimische Öffentlichkeit und einflussreiche politische Kreise, die mit Hu Jintaos Taiwanpolitik nicht einverstanden sind. Hu hat bislang einen wesentlich konzilianteren Ton gegenüber Taipeh angeschlagen als sein Amtsvorgänger Jiang Zemin. Das hat Hu umso mehr interne Kritik eingebracht, als die taiwanesischen Regierung ihrerseits mit Initiativen vorgeprescht ist, die auf eine auch formal stärkere Unabhängigkeit Taiwans zielen. Noch kurz vor der Wahl hatte Chen einen Fahrplan aufgestellt, der für das Jahr 2006 ein Referendum über eine neue Verfassung und deren Implementierung im Jahre 2008 vorsieht.

Es wird erwartet, dass Beijing sich noch enger mit Washington abstimmen wird, und auch Zugeständnisse in anderen internationalen Streitfragen machen wird, um die Unterstützung der USA in der Taiwan-Frage zu erreichen. Bereits jetzt ist ein Trend in der Bush-Regierung auszumachen, Taiwan mit den Worten Armitages als „Landmine“ im Verhältnis der USA zu China zu betrachten. Gefragt, ob die USA Taiwan im Falle eines Angriffs durch die VR China verteidigen würde, sagte der stellvertretende US-Außenminister Armitage: „Wir haben gemäß dem Taiwan Relations Act die Verpflichtung, genügend Militärpotenzial im Pazifik zu belassen, um vor einem Angriff abzuschrecken. Aber wir sind nicht zur Verteidigung verpflichtet. Es ist Sache des Kongresses, über solche Fragen zu entscheiden.“ Auch westliche Firmen scheinen bereit zu sein, sich im Zweifelsfall eher für den größeren Markt zu entscheiden. Auf eine entsprechende Aufforderung der chinesischen Behörden hin haben McDonalds, Benz, Siemens und General Electrics Taiwan von der Länderliste ihrer Websites gestrichen. (SCMP, 18., 22., 23.12.04; RMRB online, nach BBC PF, 15.12.04; ST, 3., 19.12.04; WSJ, 20.12.04; SCMP online, nach BBC PF, 12.12.04; IHT, 11., 13., 14.12.04; XNA, 1., 15.12.04; NZZ, 14.12.04; FT, 18./19., 20.12.04) -mb-

5 Neue Spannungen im Verhältnis mit Japan

Die Kette der atmosphärischen Störungen zwischen Japan und China

reißt nicht ab: Ein 55-minütiges Treffen zwischen Wen und Koizumi am Rande des ASEAN-Gipfel in Laos war noch als Schritt aufeinander zu bewertet worden; die Atmosphäre des Gesprächs wurde immerhin von beiden Seiten als freundlich bezeichnet, auch wenn die behandelten Themen unvermeidlich kontroverser Natur waren. Koizumi thematisierte die Verletzung japanischer Hoheitsgewässer durch ein chinesisches U-Boot, Wen Japans Umgang mit der Rolle des Landes im Zweiten Weltkrieg. Eine Einladung Koizumis zu einem Besuch in Japan hat Wen abgelehnt. Nach dem Treffen der Spitzenpolitiker wurde der Konflikt zwischen den beiden Nationen weiter geschürt. China hat Tokyos Entwurf für eine neue Richtlinie zur Sicherheitspolitik scharf kritisiert; China wird in dem Entwurf neben Nordkorea namentlich als Bedrohung für die japanischen Sicherheitsinteressen genannt. Das chinesische Außenministerium bezeichnete diese Einschätzung als „unverantwortlich“, sie „entbehre jeder Grundlage“. Der Entwurf verweist auf chinesische Anstrengungen beim Ausbau der Nuklearstreitkräfte, Raketentechnologie, Marine und Luftwaffe und empfiehlt eine noch engere strategische Bindung an Washington. Eine japanische Zeitung meldete bereits, dass bald mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung zu rechnen sei, in der Japan und die USA China und Nordkorea als Quellen der Instabilität benennen und eine engere Militärkooperation vorsehen werden. Das wiederum steigert die Nervosität in Beijing: Das Außenministerium ließ verlautbaren, Japan solle die Bedenken seiner asiatischen Nachbarn aus historischen Gründen ernst nehmen. Japan seinerseits hat erneut diplomatischen Protest bei der chinesischen Regierung wegen einer Verletzung seiner Gewässer eingelegt. Ein chinesisches Forschungsschiff habe in Gewässern der japanischen *exclusive economic zone* in der Nähe von Okinotori, einem unbewohnten Riff 1.740 Kilometer südlich von Tokyo, Untersuchungen durchgeführt. Präsident Koizumi rief die chinesische Seite dazu auf, sich an die vereinbarten Regeln zu halten. Beide Seiten seien schließlich übereingekommen, keine Konfrontation auf See zu suchen, sondern zusammenzuarbeiten. Eine Sprecherin des

chinesischen Außenministeriums sagte, man hoffe Japan werde eine ruhige Haltung in dieser Frage bewahren und die Angelegenheit diskret behandeln. Es habe sich um eine normale wissenschaftliche Erkundungsfahrt gehandelt. Beide Seiten hätten offenbar unterschiedliche Auffassungen vom Status der fraglichen Seegebiete. Umgekehrt hat Tokyo Beijing durch die Erteilung eines Visums für Lee Teng-hui verärgert. Der ehemalige taiwanische Präsident, in dem China eine zentrale Figur taiwanischer Unabhängigkeitsbestrebungen sieht, wolle, so das japanische Außenministerium, zu einem privaten Besuch ohne politischen Hintergrund Japan besuchen. Lee hat während des Zweiten Weltkriegs in Japan studiert. Obwohl Lee offiziell keine politischen Ämter mehr innehat, gilt er als informeller Führer der Taiwanesischen Solidaritätsunion (TSU), die sich für einen unzweideutigen Unabhängigkeitskurs Taiwans einsetzt. Beijing hat den japanischen Botschafter einbestellt und die Warnung ausgesprochen, Japan werde die vollen Konsequenzen für die Entscheidung zu tragen haben. Die japanische Regierung unterstütze damit die taiwanesischen Unabhängigkeitskräfte und belaste ernsthaft die chinesisch-japanischen Beziehungen. Obwohl sich der japanische Premier Koizumi unmittelbar nach dem Protest in seiner Entscheidung unsicher zeigte und davon sprach, man habe lediglich gesagt, den Visumsantrag prüfen zu wollen, und die japanisch-chinesische Freundschaft habe Priorität, blieb Tokyo letztlich bei seiner Entscheidung. Auch in der Frage der japanischen Entwicklungshilfe für China ist offenbar eine Entscheidung gegen Beijing gefallen. Japans Präsident Koizumi kündigte an, die Hilfe werde „in naher Zukunft“ auslaufen; die Olympischen Spiele 2008 oder die Weltausstellung in Shanghai 2010 werden als symbolträchtige Zeitpunkte für die offizielle Beendigung der Entwicklungshilfe anvisiert. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 9., 16., 19.12.04; Kyodo News Service, nach BBC EF, 6.12.04; SCMP, 8., 9., 10., 11., 17., 23.12.04; ST, 1., 11., 17., 22., 23.12.04; WSJ, 11., 23.12.04; XNA, 6., 10.12.04; RMRB online, nach BBC EF, 30.11.04; FT, 1.12.04; NZZ, 17., 23.12.04; Xinhua, 16.12.04; IHT, 22.12.04) -mb-

6 Erste Reaktion auf die Flutkatastrophe in Südostasien

China hat in einer ersten Reaktion auf die Flutkatastrophe Indien, Indonesien, Thailand, Sri Lanka und den Malediven Hilfe in Höhe von 2,7 Mio. US\$ zugesagt. Ein Team von 40 Katastrophenhelfern wurde der indonesischen Regierung zur Verfügung gestellt. Das Außenministerium hat eine Hotline für Freunde und Verwandte von Chinesen eingerichtet, die sich in den Katastrophengebieten aufhalten hatten, und bemüht sich über die diplomatischen Vertretungen der betroffenen Länder um Hilfe für chinesische Staatsbürger in der Region (XNA, 26., 27.12.04) -mb-

7 Russischer Verteidigungsminister in Beijing – Militärmanöver vereinbart

Der russische Verteidigungsminister Iwanow hat auf Einladung seines Amtskollegen Cao Gangchuan China besucht. Während des viertägigen Aufenthalts wurden neue Verträge für chinesische Waffenkäufe vereinbart, sowie die Durchführung einer gemeinsamen militärischen Übung im Jahr 2005. Die Manöver sollen auf chinesischem Boden abgehalten werden, doch gibt es bisher weder zum Zeitpunkt noch zum Umfang der Truppenübungen genauere Angaben. Hu Jintao, der im Vorfeld zu einer Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit mit Russland aufgerufen haben soll, betonte bei seinem Treffen mit Iwanow, die russisch-chinesische strategische Zusammenarbeit habe ein neues Niveau erreicht. Mit der deutlichen Aufwertung von Iwanows Besuch will Beijing sowohl Tokyo als auch Washington demonstrieren, dass es zum amerikanisch-japanischen Bündnis ein potenziell ausbaufähiges Gegengewicht gibt. (NZZ, 15.12.04; XNA, 13.12.04; SCMP, 14.12.04; WSJ, 13.12.04) -mb-

8 Engere Zusammenarbeit mit Pakistan in der Terrorbekämpfung

Im Zentrum des fünftägigen Besuchs des pakistanischen Premiers Aziz in

China standen neben Gesprächen über die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ein Ausbau der Kooperation in der Terrorbekämpfung. Hu Jintao sagte bei ihrem Treffen in Beijing, China werde gemeinsam mit Pakistan gegen „drei Kräfte“ in der Region kämpfen: Gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus. Hu würdigte die Maßnahmen, welche die pakistanische Regierung zum Schutz der Sicherheit chinesischer Einrichtungen und Personen in Pakistan ergriffen habe. Hintergrund ist die Geiselnahme mit tödlichem Ausgang zweier chinesischer Ingenieure durch islamische Extremisten in Pakistan im Oktober 2004 (vgl. C.a., 2004/10, Ü 11). Während seines Besuchs machte Aziz offiziell bekannt, dass Pakistan China als Marktwirtschaft anerkennen werde; China bot im Gegenzug 150 Mio US\$ Finanzierungshilfe für den Bau eines Atomkraftwerks an. Im kommenden Monat wird eine Delegation des pakistanischen Verteidigungsministers in Beijing erwartet, die Verhandlungen über die gemeinsame Entwicklung von Waffen für Luft- und Seestreitkräfte führen will. (XNA, 16.12.04; ST, 17.12.04; *The News* online, Islamabad, nach BBC PF, 23.12.04) -mb-

Innenpolitik

9 Reformen im Justizsystem geplant

In einer Rede anlässlich einer Sitzung der Präsidenten der Provinzgerichte vom 16. bis 18. Dezember in Beijing wies der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, Xiao Yang, auf die derzeitigen besonderen Herausforderungen an die chinesische Gerichtsbarkeit hin. Es müsse mit „starker Hand“ gegen Finanzbetrug und Wirtschaftskriminalität, Verletzung der Eigentumsrechte, den Verstoß gegen die Menschenrechte im Justizwesen und Amtsmissbrauch vorgegangen werden. Angesichts des Transformationsprozesses, in dem sich die VR zum gegenwärtigen Zeitpunkt befinde, sei die Zahl der Prozesse, die sich mit der Reform der Staatsunternehmen, den

ausstehenden Lohnauszahlungen, der illegalen Landnutzung und den Einbruchsdiebstählen beschäftigen, dramatisch angestiegen. Reformen im Gerichtswesen seien daher unerlässlich.

Im Laufe des Dezembers berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua über mehrere geplante Reformen im Justizwesen. So werde das Justizministerium ab Mai 2005 Geschworenenverhandlungen fest etablieren und die Auswahlkriterien für Geschworene verändern. Daneben soll die Zahl der Richter um 10% erhöht werden. Diese Maßnahmen dienen nach Angaben des Obersten Volksgerichtshofes dazu, die Anpassungsfähigkeit der Gerichte an die neuen Anforderungen zu verbessern, welche sich aus der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Der Vorwurf, der chinesischen Gerichtsbarkeit fehle es an Unabhängigkeit, soll auf diese Weise ebenso entkräftet werden.

Im derzeitigen Rechtssystem wird insbesondere den Richtern fehlende Unabhängigkeit vorgeworfen. Dies begründet sich darauf, dass sie nahezu ausnahmslos Mitglieder der KPCh sind, zu jeder Zeit ihres Amtes enthoben werden können und ihr Gehalt von den Lokalregierungen beziehen. KP-Organen können demnach Einfluss auf politisch sensible und wirtschaftlich bedeutende Entscheidungen nehmen. Darüber hinaus wird dem Gerichtspersonal von Rechtsexperten mangelnde Qualifikation vorgeworfen, zumal nur ein geringer Prozentsatz ein Jurastudium absolviert hat. Der grassierende Lokalprotektionismus und Korruption tragen ebenso dazu bei, dass das Ansehen der Richter nur sehr gering ist.

Geschworene wurden bislang großteils nach Empfehlung durch Lokalautoritäten eingestellt und übernahmen oftmals eine reine Statistenrolle. Derzeit sind ca. 24.000 Geschworene an chinesischen Gerichten tätig. Hinsichtlich der Geschworenenverhandlungen sieht die Gerichtsreform daher vor, dass Geschworene für eine einmalige Amtszeit von fünf Jahren gewählt und durch den lokalen Ständigen Ausschuss des Volkskongresses ernannt werden. Wahlberechtigt sind lokale Gerichte und die zugehörigen Verwaltungsabteilungen. Die ersten Wahlen werden bereits im Januar und Februar

2005 stattfinden, danach schließt sich eine zweimonatige Zusatzausbildung an. Als Voraussetzung für eine solche Ausbildung werden ein Mindestalter von 23 Jahren und ein Hochschulstudium von mindestens zwei Jahren verlangt, wobei diejenigen Bewerber mit juristischen Vorkenntnissen bevorzugt werden sollen. An internationalen Standards angelehnt bestehen die Aufgaben der Geschworenen in der Prüfung der Beweisaufnahme, dem Beiwohnen bei der Zeugenvernehmung und der argumentativen Beweisführung durch die Rechtsbeistände aller Parteien.

Die geplante Reform des Geschworensystems, das in der VR China bereits in den 1950ern eingeführt wurde, könnte dazu beitragen, die Willkür in der chinesischen Rechtsprechung einzudämmen. Obgleich dem Richter die alleinige Befugnis zur Urteilsfällung weiterhin zugesprochen wird, soll den Geschworenen eine aktivere Rolle im Verfahren zukommen, indem sie beispielsweise Kritik am gefällten Urteil üben können.

In einem weiteren Reformentwurf sollen Experten für Sachverständigenaussagen vor Gericht unabhängige Zivilangestellte werden. Bislang waren sie z.B. den Rechtsabteilungen zugeordnet, sodass wegen der häufig engen Beziehung zwischen Sachverständigen und Gerichtspersonal oftmals keine unabhängige Beurteilung des Rechtsstreits vorgenommen werden konnte. (WSJ, 20.12.04; SCMP, 20., 21.12.04; XNA, 18., 20., 25.12.04; ST, 22.12.04; CD, 21.12.04; BBC News Asia-Pacific online, 21.12.04) -kw-

10 Geplantes Antisessionsgesetz sorgt für neue Spannungen mit Taiwan

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) verabschiedete während seiner fünftägigen Sitzung vom 25. bis 29. Dezember in der Hauptstadt Beijing die Vorlage eines Gesetzesentwurfs gegen Sezession (*Fan fenlie guojia fa*), nachdem schon seit längerer Zeit über ein derartiges Vorgehen spekuliert worden war.

Der Gesetzestext, der sich vornehmlich gegen eine Abspaltung der „abtrünnigen Provinz“ Taiwan richtet und nicht wie zunächst befürchtet